



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Beitragsmoratorium zu Straßenausbaubeiträgen sofort umsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bekennt sich zum Ziel, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen und daraus entstehende Einnahmeausfälle der Gemeinden zu kompensieren.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, unverzüglich ein Moratorium zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen in den Kommunen umzusetzen, das bis zur endgültigen Verabschiedung der Änderung des Kommunalabgabengesetzes in den Kommunen für rechtliche Sicherheit bezüglich einer Aussetzung von Beitragserhebungen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten sorgen soll.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert, unverzüglich die Verabschiedung des geänderten Kommunalabgabengesetzes zu terminieren.

Begründung

Mit der Einbringung eines Gesetzentwurfes zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge im November 2018 durch die Fraktion DIE LINKE durften Bürgerinnen und Bürger im Land Sachsen-Anhalt darauf vertrauen, dass der Landtag diese seit Jahren umstrittenen Straßenausbaubeiträge, die teilweise mit enormen Summen die Beitragspflichtigen vor existenzielle finanzielle Probleme stellt, mit Wirkung zum 1. Januar 2019 abschafft. Die daraus entstehenden Einnahmeausfälle der Gemeinden sind diesen zu kompensieren. Dies hat die Fraktion DIE LINKE in ihrem Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes (Drs. 7/3578) vorgeschlagen. Inzwischen treten auch die Mitglieder der Koalitionsfraktionen für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ein. Allerdings sind bisher keine gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen worden und die Stichtagsregelung lässt dementsprechend auf sich warten.

Somit werden weiterhin in Sachsen-Anhalt Straßenausbaubeiträge erhoben. Dies führt zu Protest und gerichtlichen Auseinandersetzungen, zu Verunsicherung und im

(Ausgegeben am 29.04.2020)

Zusammenhang mit der gegenwärtigen Pandemie-Situation zu weiteren sozialen Verwerfungen.

Der laufende Gesetzgebungsprozess sollte nach Auffassung der Antragstellerin im Sinne der Rechtssicherheit für Kommunen und Bürgerinnen und Bürger zügig und erfolgreich abgeschlossen werden. Zur Vermeidung weiterer Rechtskonflikte und sozialer Härten soll ein gemeindliches Beitragsmoratorium dienen, das Rechtsunsicherheiten im Umgang mit Beitragserhebungen in den Kommunen beseitigt und sie in die Lage versetzt, bis zur Verabschiedung des geänderten Kommunalabgabengesetzes zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen die Erhebung auszusetzen, wie dies in einigen Kommunen bereits angestrebt oder umgesetzt wird, und damit auch Frieden vor Ort zu schaffen.

Thomas Lippmann
Fraktionsvorsitzender